

## **Motion Fraktion SP/JUSO (Katharina Altas/Ayse Turgul, SP): Mehr günstige Wohnungen gezielt an einkommensschwache Personen und Familien vermitteln**

Das Ziel der SP ist es, sicheren, bezahlbaren, sozial durchmischten und ökologisch nachhaltigen Wohnraum für alle in der Stadt Bern zu garantieren. Dazu müssen verschiedene Massnahmen ergriffen werden, unter anderem sollen günstige Wohnungen an einkommensschwache und mittellose Personen und Familien gezielt vermittelt werden.

Wohnungsmieten sind gemäss Caritas und dem Dachverband Budgetberatung Schweiz die höchsten Ausgabenposten für Haushalte in der Schweiz, gefolgt von Krankenkassenprämien und den Ausgaben für die Kinder. Vor allem Familien mit Kindern, einkommensschwache und mittellose Personen sind von den hohen Mietkosten betroffen. Diese Bevölkerungsgruppen haben es schwer, auf dem freien Wohnungsmarkt günstige Wohnungen zu finden; genauso schwierig ist es aber auch für ältere Menschen mit bescheidener Altersvorsorge, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Insbesondere in städtischen Gebieten mit hoher Nachfrage, wo die Leerwohnungsziffer wie beispielsweise in Bern mit 0,56 Prozent sehr niedrig ist (Statistik Stadt Bern, Juni 2019).

Tiefe Mietkosten sind deshalb ein entscheidender Hebel, um finanziell schwächere Bevölkerungsschichten vor der Armutsfalle zu schützen. Die gezielte Abgabe günstiger Wohnungen an einkommensschwache und mittellose Bevölkerungsgruppen sollte deshalb vorangetrieben werden. Die Stadt Bern könnte hier lenkend eingreifen und mit wenig Aufwand viel erreichen.

Die Voraussetzungen dazu sind gegeben: Mit der Inkraftsetzung der Wohninitiative («Für mehr bezahlbare Wohnungen») können schon bald mehr Wohnungen im preisgünstigen Bereich gebaut werden. Denn bei Um- und Neueinzonungen von Wohnzonen soll sichergestellt werden, dass mindestens ein Drittel der Wohnnutzung mit preisgünstigen Wohnungen bebaut oder an gemeinnützige Wohnbauträger abgegeben wird. Zudem besitzt die Stadt Bern ein beachtliches Immobilienportfolio. Dazu gehören u. a. 2000 Wohnungen und 407 Baurechte. Hinzu kommen die Wohnungen der Wohnbaugenossenschaften, an welchen die Stadt beteiligt ist und die durch einen Generalmietvertrag an sie gebunden sind (Website der Stadt Bern).

Der Zugang zu städtischen Immobilien wird von Immobilien Stadt Bern als Eigentümervertreterin verwaltet. Damit die Vergabe von günstigen Wohnungen an von Armut betroffene, einkommensschwache und mittellose Bevölkerungsgruppen umgesetzt werden kann, muss der Informationsaustausch unter den Dienststellen der Verwaltung gewährleistet werden. Das würde viel Spielraum für eine zügige Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation dieser Menschen bieten. Bei der Vergabe von städtischem Land im Baurecht an Wohnbaugenossenschaften oder Wohnbauträger, sollen mindestens 10% der Wohnungen an EL- und Sozialhilfebeziehende vergeben werden.

Wir fordern den Gemeinderat auf,

1. von Armut betroffene, einkommensschwache und mittellose Personen oder Familien bei der Vergabe von günstigen städtischen Wohnungen (GüWR-Wohnungen ausgenommen zu bevorzugen (insbesondere Alleinerziehende, getrenntlebende Familien, Grossfamilien und Studierende mit kleinem Einkommen; Ergänzungsleistungs-Beziehende; Menschen mit besonderen Bedürfnissen oder von Obdachlosigkeit bedrohte Personen oder Familien),
2. bei der Vergabe von städtischem Land im Baurecht sollen Wohnbaugenossenschaften oder Wohnbauträger verpflichtet werden, mindestens 10% der Wohnungen an EL- und Sozialhilfebeziehende abzugeben und
3. die Zusammenarbeit zwischen Immobilien Stadt Bern mit anderen Dienststellen der Stadtverwaltung zu verbessern, damit die gezielte Abgabe von günstigen Wohnungen an die in Punkt 1 genannten Bevölkerungsgruppen gewährleistet werden kann.

Bern, 30. Januar 2020

*Erstunterzeichnende: Katharina Altas, Ayse Turgul*

*Mitunterzeichnende: Nadja Kehrl-Feldmann, Mohamed Abdirahim, Rafael Egloff, Laura Binz, Fuat Köçer, Johannes Wartenweiler, Szabolcs Mihalyi, Patrizia Mordini, Marieke Kruit, Timur Akçasayar, Michael Sutter, Nora Krummen, Bernadette Häfliger, Martin Krebs, Yasemin Cevik, Benno Frauchiger, Peter Marbet, Esther Muntwyler*